

Sonneberg bittet Landesregierung, „Föritztal“ zu verhindern

Der Sonneberger Stadtrat spricht sich gegen den Zusammenschluss von Föritz, Neuhaus-Schierschnitz und Judenbach aus und schreibt nach Erfurt. Die Linke will das Verhältnis zu den Nachbarn nicht noch weiter belasten.

Von Martina Hunka

Sonneberg – Mit 16 mal Ja-, zweimal Nein und drei Enthaltungen stimmten die Sonneberger Stadträte am Donnerstagabend für eine Resolution, die ein starkes Sonneberg zum Ziel hat. Die Resolution hat folgenden Inhalt: Der Stadtrat erneuert sein Angebot an die Umlandgemeinden, zu denen eine gemeinsame Gemarkungsgrenze besteht, sich in die Stadt Sonneberg einzugemeinden. Der Stadtrat spricht sich gegen den Zusammenschluss von Gemeinden und die Bildung einer neuen Gemeinde entlang der südlichen und östlichen Gemarkungsgrenze der Stadt Sonneberg aus, in welcher er die Bildung einer Kragengemeinde sieht. Es seien alle Kräfte zu mobilisieren, um die Interessen der Stadt Sonneberg sowohl politisch als auch rechtlich zu wahren. An den Thüringer Ministerpräsidenten, an die Thüringer Ministerien, die Landrätin und an die Bürgermeister der Sonneberger Umlandgemeinden wird ein Brief geschickt, in dem es von Sonneberger Seite aus heißt: „Wir sind überzeugt, dass dieses Vorhaben eklatant den Zielen der Landesplanung widerspricht und zugleich

nicht mit den Festsetzungen und Intentionen des Vorschaltgesetzes zur Durchführung der Gebietsreform in Einklang zu bringen ist. Gleichwohl sind wir der Auffassung, dass mit der Bildung der Kragengemeinde Föritztal die weitere Entwicklung der Stadt Sonneberg und die Ausübung der mittelzentralen Funktion für das Umland nachhaltig beeinträchtigt werden.“ Die Stadt bittet darum, dass seitens der Landesregierung, solchen, sich abzeichnenden Negativentwicklungen entgegengewirkt wird. Man bittet darum, dass sich das Thüringer Innenministerium in dieser Angelegenheit positioniert.

In der Stadtratsdebatte wurde deutlich, dass nicht alle Fraktionen der Meinung sind, die neue Gemeinde sei zu verhindern. Anja Gerber (SPD) sah beispielsweise keinerlei Gründe, warum die Landesregierung dem freiwilligen Zusammenschluss der drei Gemeinden nicht zustimmen sollte. „Derartige Verbindungen sind gewünscht und alle Voraussetzungen hierfür wurden erfüllt“, schätzte sie ein. Auch Uwe Schlammer (Die Linke) sah wenig Sinn in der Resolution. „Mit diesem Beschluss erreichen wir lediglich, dass sich die ohnehin vorhandenen Gräben zu unseren Nachbarn weiter vertiefen. Aus unserer Sicht ist der Beschluss in keiner Weise hilfreich. Vielleicht sollten wir uns mal Gedanken darüber machen, warum keiner zur Stadt Sonneberg will, während die Stadt Neuhaus am Rennweg Interessenten abweisen muss.“ Schlammer zeichnete die Entwicklung seit dem Jahr 2011 auf, als die Stadt versuchte, die Gemeinden Mengersgeuth-Hämmern und Judenbach zu gewinnen. Er kritisierte, dass es keinen zweiten Einigungsversuch mit

Judenbach gegeben hatte und man sich vor zwei Jahren nur mit Bürgermeister Rosenbauer unterhalten habe, der seine persönlichen Vorstellungen darlegte, aber nicht mit dem Gemeinderat, der offensichtlich anderer Meinung war. Auch mit Steinach habe es keine Verhandlungen gegeben. In den beiden Jahren, in denen die Föritztal-Gemeinden verhandelten, habe die Stadt offiziell keine Bedenken eingebracht und an den Veranstaltungen nicht teilgenommen. Man wache zu spät auf. Und paradox sei Folgendes: „Die ganze Zeit schimpfen wir gegen Erfurt und jetzt soll ausgerechnet Erfurt uns helfen?“ Die Kragengemeinde sei gar nicht genau definiert und also sei nicht davon auszugehen, dass Föritztal überhaupt eine solche ist. Auch Jürgen Konrad war der Meinung, die Sonneberger hätten nicht genügend um die anderen Gemeinden geworben. Schlammer schlug vor, kein Porzellan zu zerschlagen und den Beschluss abzusetzen. Er scheiterte. Demgegenüber betonte der amtierende Bürgermeister Heiko Voigt, dass man gerade jetzt handeln müsse. „Sonst denkt man in Erfurt, es spricht nichts dagegen.“ Voigt erklärte, es habe sehr wohl viele Gespräche mit Judenbach und Föritz und auch mit Steinach gegeben. „Wir waren im Hauptausschuss einig, dass wir den Judenbachern keine finanziellen Versprechungen machen können, die nicht einhaltbar sind. Wenn aber ein anderer Partner die Erfüllung der Forderungen verspricht, ist klar, was Judenbach macht“, so Voigt. Voigt ist der Meinung, dass Thüringen, wolle es sich an seinen eigenen Landesentwicklungsplan halten, Föritztal nicht genehmigen kann.